



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 8. März 2023

1477. 2022/342

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.07.2022: Unbürokratische und schnelle Rückkehrhilfe für Geflüchtete aus der Ukraine

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 411/2022): *Den Wahnsinn des russischen Angriffskriegs muss ich Ihnen nicht erklären. Es ist unvorstellbar, was seit mehr als einem Jahr passiert. Die geopolitischen Spiele zwischen den involvierten Parteien wollen zu keinem Ende kommen und werden von Putin immer weiter vorangetrieben. Im Juli 2022 fand ein informelles Treffen statt, bei dem ukrainische Flüchtlinge zum Stadtrat und zum Gemeinderat sprachen. Eine der Rednerinnen meinte, dass sie verzweifelt einen Weg zurück in die Ukraine sucht, da nicht alle Landesteile vom Krieg direkt betroffen sind und sie Hilfestellung für ihre Landsleute leisten will. Ihr fehlen aber die finanziellen Mittel und Informationen darüber, wie sie zurückreisen kann. Sie bat den Stadtrat um Auskunft darüber, wie die Rückkehr funktionieren soll. In der Berichterstattung aufgrund dieses Postulats bestätigte eine Frau, die ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat, dass der komplexe kantonale Prozess den Flüchtlingen nicht bekannt ist. Erwachsene Personen sollen 1000 Franken und Familien maximal 4000 Franken für die Rückkehrhilfe erhalten. Die Idee ist nicht, die Flüchtlinge abschieben zu wollen – wenn die ukrainischen Flüchtlinge aber zurück in ihre Heimat reisen wollen, sollen sie einen kleinen Beitrag erhalten, um zurückgehen und dort neu starten zu können.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Das Postulat wird von uns abgelehnt, obwohl ich Samuel Balsiger (SVP) in vielen Punkten zustimme. Gegen Rückkehrhilfe ist nichts einzuwenden, doch wir sind die falsche Ebene, um das zu organisieren. Wie das praktikabel sinnvoll umgesetzt werden könnte, ist unklar.*

Weitere Wortmeldungen:

Alan David Sangines (SP): *Die Begründung der SVP lässt mich rat- und fassungslos zurück. Die SVP bezieht sich auf ein Treffen, in dem eine Frau meinte, dass sie nicht wisse, wie sich die Rückkehr in die Ukraine gestaltet. Es gibt aber bereits eine gut organisierte kantonale Rückkehrhilfe – es gibt keinen Grund, diese Aufgabe auf die Stadt überwälzen zu wollen. Mehrere Monate vergingen seit diesem Treffen und anstatt wirklich Hilfe zu leisten, wird der Rat mit dieser Art Vorstoss belästigt. Weder der Stadt- noch der Gemeinderat sind für diese Thematik zuständig. Das Verfahren zur Rückkehr ist*



nicht kompliziert – die Rückkehrberatung bucht auf Wunsch sogar den Flug – und wird genutzt. Wo ich Samuel Balsiger (SVP) zustimmen muss, ist die Tatsache, dass die Rückkehrbeträge für Ukrainer im Kanton Zürich tief sind. Der Bund und andere Kantone vergeben an Erwachsene 1000 Franken, während es im Kanton Zürich nur 500 Franken sind. Für Minderjährige sieht der Bund 500 Franken, der Kanton Zürich 250 Franken vor. Die richtige Ebene, einen solchen Vorstoss einzureichen, wäre der Kantonsrat, der die Rückkehrbeträge koordiniert. Der Vorstoss hätte dort sicher eine Mehrheit. Dass nur Ukrainer, die in der Stadt Zürich wohnen, diese hohen Beträge erhalten sollen, ist unsinnig.

Walter Anken (SVP): *Wir vertreten die Stadt Zürich und können nicht für andere Gemeinden sprechen. Ukrainische Flüchtlinge können sich bei der Rückkehrberatungsstelle des Kantons melden. Nur jemand, der schon lange hier wohnt, nimmt ohne zu hinterfragen an, dass eine geflüchtete Person weiss, wo sich diese Stelle des Kantons befindet. Die Gesuche gehen nämlich an das Staatssekretariat für Migration, das diese zu einem unbekanntem Zeitpunkt behandelt. Es erscheint mir, dass man sich hier nicht in die Flüchtlinge einfühlen kann. Auch wir haben aufgrund der Probleme mit der Unterbringung der Flüchtlinge ein Interesse daran, dass die Rückkehrhilfe funktioniert. Wenn Menschen von sich aus zurückgehen wollen, soll man das unbürokratisch ermöglichen.*

Ronny Siev (GLP): *Das stimmt alles nicht ganz. Die Rückkehrhilfe ist schon lange etabliert und alle Stellen und Gemeinden sind mit der Prozedur vertraut. Die Flüchtlinge sprechen untereinander über diese Dinge. Dass die Rückkehrhilfe beim Kanton angesiedelt ist, ist bekannt. Der Prozess funktioniert gut – anderes habe ich bisher nicht vernommen. Im Kantonsrat kann diese Thematik sicher so geregelt werden, dass es für alle stimmt. Das Postulat ist obsolet und wird von uns abgelehnt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Am 7. September 2022 beantragte die SVP die Dringlichkeit des Postulats, die vom Gemeinderat am 14. September 2022 abgelehnt wurde. Währenddessen wurden Ukrainer in ihrer Heimat mit Bomben angegriffen. Am 16. Dezember 2022 erklärte die SVP abermals die Dringlichkeit, da der Krieg weiterhin Opfer fordert; am 11. Januar 2023 lehnte der Rat die Dringlichkeit erneut ab. Als die SVP die Idee hatte, alte Ambulanzfahrzeuge an die ukrainische Grenze zu liefern, wurde uns zunächst gesagt, dass ein solcher Vorstoss nicht möglich sei. Nach der Überweisung des Postulats mit einer Textänderung wurde in der Medienmitteilung des Stadtrats vom 21. Dezember 2022 stolz verkündet, dass die Stadt nun dafür alte Ambulanzen aufkauft – die SVP wurde nicht erwähnt. Auch jetzt scheint das einzige Problem zu sein, dass die SVP die Partei ist, die das Postulat vorstellt. Es ist enttäuschend, dass Sie ihren Hass auf die SVP über das Wohl der ukrainischen Flüchtlinge stellen. Sonst plädieren Sie immer dafür, Flüchtlingen helfen zu wollen, doch wenn die SVP das machen will, werden komische Ausreden gesucht. Die Zürcherin Sigartha Bravida betreut seit Kriegsbeginn Flüchtlinge bei sich zu Hause. Sie meint: «Es stimmt, dass der kantonale Prozess umständlich ist. Ich habe verschiedene Flüchtlinge betreut, die zurückkehren wollten – keiner erhielt einen Rappen vom Kanton. Das Prozedere, um finanzielle Beiträge zu erhalten, ist viel zu kompliziert. Es ist ein regelrechter Papierkrieg der Behörden. Die Leute werden von einem Amt zum nächsten geschickt. Niemand fühlt sich verantwortlich». Das ist die Realität. Stimmen Sie Ja, um den Flüchtlingen zu helfen, und nicht wegen der SVP Nein.*



3 / 3

Alan David Sangines (SP): *Du meinst, dass der Vorstoss abgelehnt wird, nur weil die SVP den Vorschlag bringt. Euer Vorstoss mit den Krankenwagen wurde von uns aber unterstützt. Dass in der Medienmitteilung die SVP nicht erwähnt wurde, lag nicht in der Verantwortung des Gemeinderats. Ich habe Dir in meinem Votum schnelle, unbürokratische Hilfe angeboten, wenn Leute die Informationen zur Rückkehrhilfe – die auf der kantonalen Webseite übrigens auf Ukrainisch vorhanden sind – nicht finden. Die Dringlichkeit zur Rückkehrhilfe wurde abgelehnt, da bereits ein funktionierendes System existiert.*

Cathrine Pauli (FDP): *Dieses Postulat hat nichts mit links oder rechts zu tun, sondern mit einem Sachthema auf Kantonsebene. Wie bereits mehrfach geäussert wurde, fragte sich auch die FDP, wieso dieser Vorstoss nicht auf Kantonsebene erfolgte. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass die Webseite des Kantons übersichtlich ist und alle Flüchtlinge persönliche Betreuungspersonen haben, die ihnen bei Fragen behilflich sind.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Ich interpretiere die Kürze von STR Rafael Goltas Votum so, dass er eigentlich für das Postulat ist, aber das nicht äussern kann. Die Argumente, dass es die falsche Ebene wäre, gehen in dieselbe Richtung. Es werden Scheinargumente genannt, um gegen den Vorstoss argumentieren zu können. Wenn die Stadt etwas zusätzlich zum Kanton macht, schadet das den Flüchtlingen nicht. Dass es einfach sei, sich bei der Flüchtlingsstelle einzuloggen, ist als hier lebende Person einfach zu sagen. Eine Sachdebatte wird in eine parteipolitische umgewandelt – beschämend.*

Samuel Balsiger (SVP): *Bei besagtem Treffen äusserten sich einige Flüchtlinge zu ihrer Situation und nannten verschiedene legitime Probleme. Wie der Stadt- und Gemeinderat mit ihnen und ihren Problemen umgingen, empfand ich als beschämend. Aus der Beobachtung, wie ihr mit diesen Flüchtlingen umgegangen seid, resultierten drei Vorstösse. Kriegsflüchtlinge, die Hilfe nötig haben, werden alleine gelassen, während Sie sich lieber über die SVP lustig machen. Es scheint, als würden Sie sich über Kriegsflüchtlinge lustig machen, weil sie nicht wissen, wie mit der Situation umzugehen ist.*

Das Postulat wird mit 13 gegen 102 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat